

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark für achtwöchige 0,35 Reichsmark. Die Restonzeile im Anschlag an rechteckigen Text, 70 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark, für achtwöchige 2,00 Reichsmark. — Die Preisgebühr für Buchstabenzusatz beträgt 0,10 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung nach Dresden. Postbezug für Monat Januar 2,00 Reichsmark, für die Monate Februar bis Dezember monatlich 1 R. 15. Kreuzbuchungen im Inlande wöchentlich 0,90 Reichsmark, nach dem Ausland 1,20 Reichsmark. Einzelnummer 15 R. Pfennig

**Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach Dresden 2000**

**Nr. 26** **Sonntag, 31. Januar 1926** **XXXIV. Jahrg.**

## Neue Enthüllungen zur Kriegsschuldfrage

Wie das russisch-französische Verteidigungsbündnis 1911 in ein Angriffsbündnis umgewandelt wurde — Das Doppelspiel Tschwoskys

### Die Memoiren Poincarés

Von unserem che-Korrespondenten

Paris, 25. Januar. Die Wochenchrift „Nouvelles hebdomadaires“ beginnt heute mit der Veröffentlichung eines Kapitels aus den beiden ersten Bänden der „Erinnerungen an Poincaré“. Am dem Publikationen der Schriftsteller André Vigne, Marguerite, Gouletnotre de Tours, Juret, sowie den im Schwarzbund veröffentlichten Briefen Tschwoskys entgegenzusetzen, befaßt sich Poincaré mit der französisch-russischen Allianz und Tschwoskys Rolle während der Marokkofrise (1911). Es liegt ihm offenbar sehr viel daran, den Beweis zu liefern, daß Tschwosky während der Marokkofrise eher den deutschen als dem französischen Standpunkt verteidigte. In diesem Zusammenhang teilt Poincaré aus dem diplomatischen Verkehrswechsel zwischen Paris und Petersburg folgendes mit:

„Während der Krise von 1911 gewährte ein Russe seine lokale Unterstützung; aber ein vollständiges persönliches Spiel des damaligen russischen Vorkriegs in Paris, Tschwosky, drohte uns große Unannehmlichkeiten zu schaffen. Sobald der Außenminister de Seelye durch Herrn v. Seelow die Ankunft des „Kaiserboten“ in Moskau erfahren hatte, sagte er sich, gemäß der schon alten Tradition der Allianz, mit Russland in Verbindung. Am 8. Juli telegraphierte unser Botschafter Georges Vouss an Petersburg: „Kerastoff hat mir gesagt, wir könnten auf jede Unternehmung der russischen Regierung rechnen.“ Am 20. Juli meldete de Seelye an Vouss: „Ich halte es für möglich, alle Eventualitäten gemeinsam mit der russischen Regierung ins Auge zu fassen, und es scheint mir notwendig, daß Sie den Kaiser sofort nach seiner Rückkehr aufsuchen.“

Am 21. Juli, 2. 3. und 14. August behielt Vouss, ohne indessen dem Kaiser schon anzuzeigen zu haben, Russland bei, es zu verlassen, keine Fiktion als alliierte Macht zu erklären. „Wenn wir infolge des Scheiterns unserer gemeinsamen Verhandlungen in einem Konflikt mit Deutschland verwickelt werden, würde uns Russland nicht nur keine diplomatische, sondern auch keine militärische Unterstützung gegen Deutschland versprechen.“

Dieser Bitte und dieser Antwort habe ich mich erinnert, als ich während der Balkanreise auf eine ähnliche Anfrage Russlands, wie es meine Pflicht war, dieselbe Zustimmung erteilte. Russland würde uns unterstützen haben, wenn es eine andere Haltung eingenommen hätte, und wir hätten es während der Balkanreise ebenfalls versprochen, wenn wir uns der Verpflichtungen unserer Allianz entziehen hätten.

Tschwosky aber standte 1911 auf eigene Faust in Paris intervenieren zu müssen. Am 21. August telegraphierte de Seelye an Georges Vouss: „Tschwosky, der vorachtern bei mir vor sprach, hat die Aussicht ausgedrückt, es sei gefährlich, wenn die Verhandlungen mit Berlin infolge der Weigerung Frankreichs, dem an Deutschland abzutretenden Gebiet noch einige Grenzschutzkräfte beizubehalten, scheitern sollten. Russland bleibe ohne Zweifel seiner Allianz treu, aber die öffentliche Meinung würde sich mit einem Vorzeichen gegen Deutschland wegen der Marokkofrage nur schwer einverstanden erklären. Ubrigens, sagte Tschwosky klar, habe unser Bündnis einen definitiven Charakter, und er bestand darauf, daß es opportun wäre, eine verbindliche Haltung einzunehmen.“

Seelye gab in dem Telegramm ferner seinem Erkennen über die Ausführungen Tschwoskys Ausdruck, um so mehr, sagte er bei, als der russische Botschafter auch in der Öffentlichkeit und vor Journalisten ähnliche Erklärungen abgegeben hatte. „Wir haben das größte Interesse daran, schloß der Minister, zu erklären, ob die Worte Tschwoskys die wahren Gefühle seiner Regierung widerspiegeln. Ich bitte Sie, sich darüber informieren zu wollen.“

Georges Vouss (der französische Botschafter in Petersburg — d. Red.) antwortete am 22. August: „Die Erklärungen, die Ihnen Tschwosky abgegeben hat, sind die Tatsachen, die er seiner Regierung übermitteln erklärte sich aus der Erinnerung an seinen persönlichen Mißerfolg im Jahre 1900, die für ihn immer noch schmerzhaft ist. Als man behauptete, daß die deutsch-russische Allianz zu einem allgemeinen Krieg führen würde, wurde der Admiral Loughebier beauftragt, Tschwosky von dem Inhalte eines Telegramms in Kenntnis zu setzen, in dem es hieß, Rus-

land müsse alles unternehmen, um eine Konfliktgefahr auszuschalten. In dieser Affäre würden seine lebenswichtigen Interessen auf dem Spiel, und die öffentliche Meinung in Frankreich würde es deshalb nicht begreifen, wenn daraus ein Krieg entspringe, an dem auf Grund des Bündnisvertrages sich die Krone Frankreichs und Rußlands beteiligen müßten. Heute gebraucht Tschwosky gegen uns dieselben Ausdrücke, wie sie in der Witterung, die vor zwei Jahren eine der Hauptursachen gewesen war, enthalten waren. Auf jeden Fall glaube ich, daß man die russische Regierung über unsere Verhandlungen mit Berlin auf dem laufenden halten muß, und daß die Stunde für eine gemeinsame Prüfung der Lage, wie wir es 1900 verlangt haben, gekommen ist. Ob Russland an Frankreich appelliert oder Frankreich an Russland — nur unter der Bedingung einer vorherigen Verständigung kann das Bündnis gute Resultate geben.“

Aus den Mitteilungen Poincarés geht ferner hervor, daß der damalige Außenminister de Seelye eine Umänderung des französisch-russischen Allianzvertrages beantragte und zu diesem Zweck den General Tschouk nach Petersburg schickte, de Seelye folgte folgende Modifikation des Vorwortes zum Vertrage vor: „Die beiden Generalhöfe erklären übereinstimmend, daß die Worte „Verteidigungsbündnis“ nicht in dem Sinne interpretiert werden dürfen, daß der Krieg beiderseitig erklärt wird. Die beiderseitigen im Gegenteil die absolute Notwendigkeit für die russischen und französischen Streitkräfte, eine einheitliche und womöglich gleichzeitige Offensive zu unternehmen.“ In dem französischen Gebot über die Marokkoverhandlungen (1911) ist über die Mission des Generals Tschouk und deren Ergebnis, wie Poincaré schreibt, nichts mitgeteilt worden.

Man gewinnt den klaren Eindruck, daß die französische Diplomatie damals als Kompensation für Russland Abzuzug, Frankreichs Marokkopolitik gegebenenfalls mit der Waage zu verweigern, die Umwandlung des Allianzverhältnisses in ein Offensivbündnis verlangte und die Erfüllung dieses Bündnisses durchdring. Diese wichtige und für die Kriegsgeschichte des Weltkrieges außerordentlich bedeutungsvolle Tatsache gibt Poincaré an und bestätigt dadurch die in dem Buche „Der Sieg“ von Haber-Vace enthaltenen Darlegungen.

Ebenso finden die in Juret's Werk „Georges Vouss“ abgedruckten Tagebuchnotizen des verstorbenen französischen Botschafters in Petersburg ihre volle Bestätigung. Poincaré fand, als er kurz vor Ausbruch des Balkankrieges das Vorstellen des Auswärtigen übernahm, einen französisch-russischen Bündnisvertrag vor, der den Kontexten sowohl diplomatisch als auch militärisch ganz neue Aufgaben stellte. Es sei daran erinnert, daß unmittelbar nach Poincarés Amtsantritt die russische Politik Russland fester durch die französische Regierung anerkannt wurde und daß zur selben Zeit umfassende französische Pläne entworfen wurden, die dann bestimmt waren, den Offensivgedanken des Allianzvertrages lebendig werden zu lassen. Die Entsendung Joffres nach Russland, Tschwoskys Verhandlungen mit Poincaré über den Bau Kratonischer Eisenbahnen (verknüpft mit der großen russischen Frontlinie an Russland), die Mission Delacros in Petersburg, trübten im Grunde des abgeänderten französisch-russischen Bündnisvertrages gesehen, ihre charakteristische Bedeutung. Poincaré verabsäumte nicht, um das Angriffsbündnis — einem Worte Ribots entsprechend — in die Variablen aufzuheben.

### Kompromiß in der Fürstenabfindung

Berlin, 30. Januar. Aus parlamentarischen Kreisen geht der „Vossischen Zeitung“ die Mitteilung aus, daß gestern in einer interfraktionellen Sitzung eine Kompromißlösung über die Fürstenabfindung gefunden wurde. Der entsprechende Gesetzentwurf werde von den beteiligten Parteien vorläufiglich am Dienstag im Reichsausschuß des Reichstags eingebracht. Vorläufig wird der Antrag unterstützt von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

### Die neuen Männer bei der Arbeit

#### Dr. Reinhold will auf eigenen Füßen stehen

B. Berlin, 30. Januar. (Via. Traubbericht.) Einige rechtsliberale Blätter erzählen in Zeit- und Zeitschrift von einer „kühnlichen Ruhepause“, die durch die Verennung des Auswärtigen Ausschusses und die vorläufige Verschlebung der Finanzdebatte im Reichstag einsetzte sei. Das ist eine ganz bewährte Fiktion. Die Disziplinierung der Rede des Reichsfinanzministers und der Debatte im Reichstag war, wie wir bereits vor mehreren Tagen mitteilen konnten, in Aussicht genommen, noch ehe im Reichstag die neue Sitzung eingeleitet war. Der einzige und plausible Grund dieser Verschlebung ist, daß Dr. Reinhold Wert darauf legte, schon bei seinem ersten Auftreten auf eigenen Füßen zu stehen und nicht eine ihm vom Reichstag vorbereitete Rede vorzulesen, sondern in den dringenden Problemen der Staatswirtschaft Stellung zu nehmen wünscht. Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses aber ist wegen der Erkrankung des Finanzministers vertagt worden, aber nicht, weil die Regierung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, die in dieser Sitzung des Auswärtigen Ausschusses erörtert werden sollte, aus dem Wege zu räumen wünscht. Vermutlich wird man sich an kommenden Mittwoch über das Problem sehr lebhaft im Ausschuss an den schon über beiprobenen Fragen der Demissionen unterhalten. An den Tingen selber wird wohl kaum etwas geändert werden. Bereits mit der Annahme der Vorarbeiten hat der Reichstag sein Einverständnis zur Aufhebung des Eintragsbeschlusses ausgesprochen. Vermutlich wird das Gesetz auch sehr bald nach der Debatte im Auswärtigen Ausschuss abgelehnt werden. Es ist dann alle die Wünsche erfüllt werden, denen der „Kaiser“ erst heute Ausdruck gibt, und welche Bedeutung im deutschen Leben annehmen wird. Scheint uns freilich einmütigen freilich. Man sollte es, da die Wästel nun einmal gefallen sind, jedenfalls hoffen.

### Dr. Reinhold im Reichsrat

VDZ. Berlin, 30. Januar. (Wiener Traubbericht.) Der Reichsrat hielt am Sonntag mittags unter Vorsitz des neuen Finanzministers Dr. Reinhold eine öffentliche Besprechung ab. Finanzminister Dr. Reinhold bearbeitete die Angelegenheit des Reichsrats und betonte, daß die Arbeit des Reichsrats immer schon eine rein sachliche gewesen sei. Er bat um das Vertrauen der Reichsratsmitglieder, damit die gemeinsamen Ansuchen des Reiches zusammen mit den Vätern behandelt werden könnten. Der bairische Gesandte von Freyer begrüßte namens der Reichsratsmitglieder den neuen Reichsfinanzminister.

### Demonstration vor der Botschaft in Rom

Mussolini spricht sein Bedauern aus  
Rom, 30. Januar. Studenten der heiligen Universität veranlaßten gestern eine Kundgebung gegen die italienischen Kämpferinnen in Deutschland. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Studenten zogen auch vor die Deutsche Botschaft und verließen durch den Garten in das Botschaftsgebäude einzudringen. Ein hartes Truppen- und Carabinieriangebot verhinderte weitere Ausschreitungen. Mussolini, der telefonisch verständigt wurde, ließ sofort zwei Detachen des Innenministeriums an die Botschaft, die ihr Bedauern über die deutsch-feindlichen Kundgebungen ausdrückten. Die Regierung hat sehr energisch alle weiteren Demonstrationen verboten. Die „Tribuna“ veröffentlichte eine offizielle Note, in der erklärt wird, die Demonstrationen hätten nicht mehr in dem Stil der fascistischen Zeit und hätten als bald aufzuhören.

### Die Memorie der „Schwarzen Reichswehr“ vor Gericht

VDZ. Berlin, 30. Januar  
Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Moabit wird am Montag unter der Vorsitzsagung von Schierbaum und Gensollen ein neuer Memorieprozess beginnen, dessen Gegenstand die an Angehörigen der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ in Döberitz verübten Morde sind.

n. Freyer gab dabei den Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Reinhold die Bestimmung, die er früher als Finanzminister eines Landes bewiesen hat, auch in seiner neuen Stellung als Reichsfinanzminister nicht vollkommen vergessen mag. Auf der Tagesordnung stand der Etat für 1926, der durch die Reichstagsbeschlüsse bekanntlich vielfache Änderungen erlitten hat. Die Ausschüsse des Reichsrats haben nach eingehenden Beratungen über diese Änderungen ihrerseits eine ganze Anzahl der vom Reichstag beschlossenen Änderungen und Ausbesserungen abgelehnt. Der Reichsrat hat sich am Ende des Tagespunkt gestellt, daß mit Rücksicht auf die von den Abmachungen, wonach der Reichshausplan in den beiden Schenkungen im Gleichgewicht gebracht werden soll, es nicht angängig sei, den Haushaltsplan mit einem Überschlag abzugeben. Durch Abnahme ist der Überschlag von 613 Millionen Reichsmark im Gleichgewicht gebracht. Die Vorklammern nahm den Etat für 1926 in der unannehmlich veränderten Gestalt an.

### Die kommende Wahlreform

Das Programm des Reichsinnenministers Dr. Koss

B. Berlin, 30. Januar. (Via. Traubbericht.) Wie wir bereits mitteilen konnten, hat im Reichsministerium des Innern die Bearbeitung an dem Wahlreformgesetzentwurf am Abschluß genommen. Er hat zum Ziele:

1. die Abschaffung der Mehrwahl;
2. die Einführung der Verhältniswahl;
3. die Abschaffung von Spalterparteien und
4. die Erzielung möglichst klarer Mehrheitsverhältnisse.

An dem Grundgedanken der Verhältniswahl dürfte unbedingt festgehalten werden, dagegen ist eine andere zweckmäßige Berechnung der Reststimmen vorzuziehen. Man will ferner eine Verminderung der Wahlkreise erreichen, und zwar durch Zusammenlegung von zwei Wahlkreisen zu einem. Es würden sich dann insgesamt etwa 150 Wahlkreise ergeben. Die von allen Seiten geforderte Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten soll dadurch erreicht werden, daß die für das einzelne Mandat erforderliche Stimmzahl von 6000 auf 7000 heraufgesetzt wird. Auf diese Weise käme man zu einer Zahl von etwa 300 Abgeordneten. Das Alter der Wahlmündigkeit soll von 20 auf 21 Jahre herabgesetzt werden. Die von der Reichsregierung geforderte Herabsetzung auf 25 Jahre würde vermutlich sowieso im Reichstag kaum die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden. In der Reichsliste dürfte auch künftig festgehalten, aber verknüpft werden, sie allernächst zu fortzusetzen, und zwar so, daß jede Partei landesweit Prozent von Kandidaten auf die Reichsliste setzen darf, wie sie Stimmen aufgebracht hat.

Nach den Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei soll im Jahre 1925 auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz der Schütze Panzier auf Befehl der Führer der sogenannten „Schwarzen Formation“ in der Nähe des Truppenübungsplatzes hinter rüde mit Eisenhaken erschlagen und in einem Birkenwäldchen vergraben worden sein. Die Leiche, die nur wenig mit Erde bedeckt war, wurde dann wieder ausgegraben und in einer Grube von 24 Meter Tiefe vergraben. Durch Beamte der Berliner Politischen Polizei wurde die bereits hart im Verwesung übergegangen Leiche ausgegraben, und es wurde festgestellt, daß der Schädel mit schweren Instrumenten in Stücke geschnitten worden war.

Die Anklage nimmt an, daß in der „Schwarzen Reichswehr“ eine besondere Demonstrationorganisation bestand, deren Führer in der Hauptstadt der schon in ähnlichen Fällen genannte Oberleutnant Schulz war. Von dieser Organisation sollen alle Angehörigen der „Schwarzen Reichswehr“, die im Verdacht der Spionage standen, mit Wissen der Vorgesetzten ermordet worden sein. An der Ausführung der Morde soll in erster Linie der Feldwebel Klapproth beteiligt gewesen sein. Außer dem Fall Panzier werden den 14 Angeklagten, die sich am Montag vor dem Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bode zu verantworten haben, noch zahlreiche weitere Memorie Morde zur Last gelegt. Die Schwurgerichtsverhandlung dürfte die ganze kommende Woche in Anspruch nehmen.

35 J  
65 J  
100 J  
50 J  
55 J  
200 J  
75  
50  
70  
75  
45  
50  
87  
N  
derobe  
an,  
anl  
men, hilt  
schliche  
echeil, zu  
ur M. 2.50.  
nehrken u.  
kenn.  
amhang u.  
L. 1000  
L. 1000  
L. 1000  
L. 1000  
L. 1000